

Klimaschutz nach Kyoto

## USA in die Pflicht nehmen

Auch wenn das Kyoto-Protokoll erst 2012 ausläuft, stehen einige Anforderungen an das Folgeabkommen bereits fest: So wird es ohne Schwellen- und Entwicklungsländer sowie vor allem die USA nicht gehen; die Industriestaaten werden konkrete Verpflichtungen eingehen müssen, die Treibhausgas-Emissionen (weiter) zu verringern. Eine Möglichkeit wäre, dass sich alle Industrieländer dem Ziel anschließen, das die Europäische Union bereits für sich beschlossen hat: ein Treibhausgas-Minus von 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 bis zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt. Während die EU dann gegenüber dem Stand von 2004 noch 11,5 Prozent an Treibhausgasen einzusparen hätte, wären es in Japan 25 Prozent und in den USA 31 Prozent – umgerechnet 2.185 Millionen Tonnen Treibhausgase. Südkorea müsste seine Emissionsmenge im Vergleich zu heute sogar halbieren.

Die Schwellenländer sollten demgegenüber zumindest verbindlich zusagen, ihre absolute Emissionsmenge auf dem heutigen Stand stabil zu halten und gleichzeitig den Treibhausgas-Ausstoß je Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um einen festgelegten Wert zu verringern. Die Entwicklungsländer schließlich könnten ebenfalls dazu verpflichtet werden, die Treibhausgas-Emissionen je Dollar BIP zu reduzieren – ohne dass es dabei jedoch eine absolute Begrenzung der Ausstoßmengen gibt.

**Hubertus Bardt, Jan-Welf Selke: Klimapolitik nach 2012 – Optionen für den internationalen Klimaschutz, IW-Positionen Nr. 29, Köln 2007, 52 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)**

Gesprächspartner im IW: **Jan-Welf Selke, Telefon: 0221 4981-770**

## Klimaschutz

**Alle müssen mitmachen**

**Im Jahr 2012 läuft das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz aus. Was danach kommt, wird schon heute diskutiert. Einen Fehler der Vergangenheit gilt es möglichst zu vermeiden: Sämtliche großen Produzenten von Kohlendioxid & Co. sollten sich an einem neuen Abkommen beteiligen. Um die Entwicklungschancen aufstrebender Länder nicht zu beeinträchtigen, ist zudem eine Abstufung der Zielvorgaben sinnvoll. \*)**

Vor knapp einem Monat ging das von Ex-US-Vizepräsident Al Gore initiierte Live-Earth-Konzert an zehn verschiedenen Orten auf sechs Kontinenten über die Bühne. Es war die größte Benefizveranstaltung aller Zeiten; die Erlöse sollen in eine Stiftung zugunsten des Klimaschutzes einfließen. Kaum eines der großen Themen bewegt die Gemüter zurzeit mehr als der schleichende weltweite Temperaturanstieg und seine Folgen.

Wie viel Klimawandel tatsächlich menschengemacht ist, darüber streiten die Experten. Fest steht aber, dass die Spezies Homo sapiens etwas dazu beitragen kann, die globale Erwärmung aufzuhalten – indem sie weniger Kohlendioxid, Methan und Co. produziert. Diese Gase haben die klimatisch gesehen ungünstige Eigenschaft, kurzweiliges Sonnenlicht weitgehend ungehindert zur Erde durchzulassen, die von der Erde reflektierte, langwellige Strahlung hingegen nur teilweise: Genau so funktioniert ein Treibhaus. Wie stark die Erderwärmung aus-

fällt, hängt vor allem von der Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ab.

Der erste konkrete Ansatz auf internationaler Ebene, den Klimawandel aufzuhalten, ist das Kyoto-Protokoll. Es wurde im Dezember 1997 auf der dritten UN-Klimakonferenz in der alten japanischen Kaiserstadt Kyoto von den beteiligten Staaten verabschiedet. Das Abkommen sieht vor, den jährlichen Ausstoß sechs verschiedener klimaschädlicher Gase – neben Kohlendioxid und Methan sind das noch Lachgas, Schwefelhexafluorid sowie fluorierte und perfluorierte Kohlenwasserstoffe – in den Industrieländern bis 2012 um mindestens 5 Prozent unter den Stand von 1990 zu drücken.

Wie viel die einzelnen Staaten zur gesamten Reduktionsmenge beizusteuern haben, ist jedoch unterschiedlich – manche müssen viele Emissionen einsparen, manche haben sogar noch etwas Luft nach oben. Russland etwa verpflich-

tete sich, das Niveau von 1990 zu halten. Die Europäische Union hingegen hat zugesagt, ihre Klimagasproduktion um mindestens 8 Prozent zurückzufahren. Damit das unterm Strich klappt, will allein Deutschland 21 Prozent seiner Emissionen einsparen. So brauchen sich andere EU-Mitgliedsländer wie Frankreich und Spanien nicht ganz so stark einzuschränken oder dürfen noch etwas mehr emittieren. Die USA und Australien sind unterdessen komplett aus dem Kyoto-System ausgestiegen, und auch Schwellenländer wie Indien und China mussten keine Reduktionsverpflichtung eingehen.

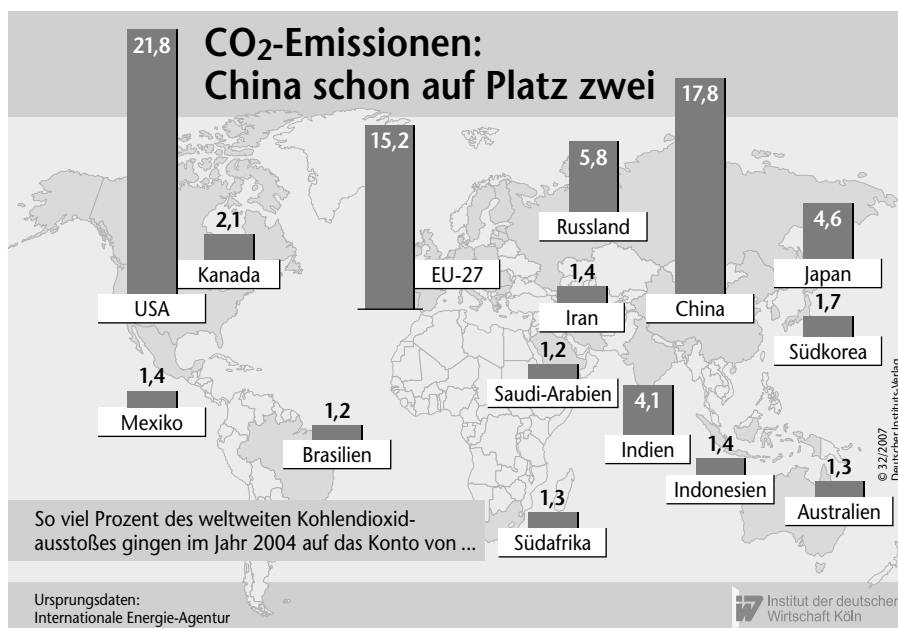
Doch trotz aller guten Vorsätze und Absichtserklärungen von Kyoto: Weltweit werden heute 26.500 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft gepustet, gut 28 Prozent mehr als 1990. Denn nicht nur jene Länder haben ihre Emissionen deutlich erhöht, die das Abkommen nicht ratifiziert haben, sondern auch viele beteiligte. Deutschland dagegen hat sein Minus von 21 Prozent fast geschafft – begünstigt allerdings durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie.

Dass die weltweiten Treibhausgas-Emissionen so deutlich steigen, liegt aber auch an der wirtschaftlichen Aufholjagd der großen Schwellenländer China und Indien (Grafik):

**Das Reich der Mitte hat mit einem Anteil von knapp 18 Prozent schon 2004 Platz zwei der weltgrößten CO<sub>2</sub>-Emittenten erobert – hinter den USA und vor der EU-27.**

Indien verursachte 2004 zwar „nur“ 4 Prozent des globalen Kohlendioxid-aufkommens. Doch das ist immerhin der sechstgrößte Beitrag und kaum weniger als die Industrienation Japan an CO<sub>2</sub> produziert.

Obleich die Kyoto-Ziele bis zum Auslaufen des Protokolls 2012 nicht mehr zu schaffen sind, hat schon heute das Nachdenken über ein Folgeabkom-



\*) Vgl. Hubertus Bardt, Jan-Welf Selke: Klimapolitik nach 2012 – Optionen für den internationalen Klimaschutz, IW-Positionen Nr. 29, Köln 2007, 52 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)

men begonnen. Fest steht: Diesmal wird es ohne Schwellen- und Entwicklungsländer sowie die USA nicht gehen. Ohne sie ist ein wirksamer Klimaschutz nicht mehr möglich, und bei Vorreitern wie Deutschland entstünden zu hohe Vermeidungskosten.

Klimaschutz effizient zu betreiben, heißt die Treibhausgas-Emissionen dort zu vermeiden, wo dies einfach und damit kostengünstig machbar ist. Das dürfte vor allem in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern der Fall sein, da die Industrienationen ihre Möglichkeiten schon recht weit ausgeschöpft haben:

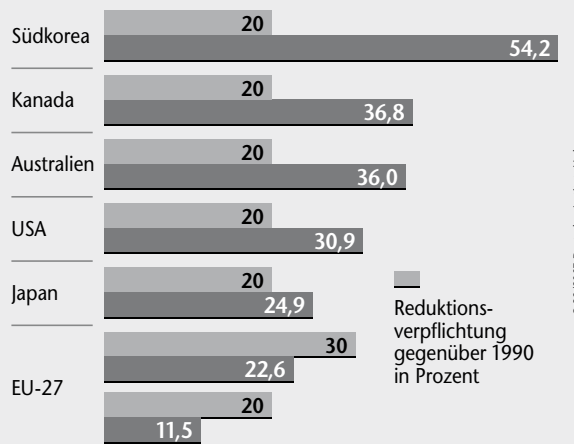
**Die Herausforderung Nummer eins** für ein neues internationales Klimaabkommen lautet also: Rund um den Globus sollten damit die günstigsten Einsparpotenziale zu heben sein. Den Schlüssel dazu liefern die sogenannten flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Sie erlauben es Industriestaaten, Projekte in Entwicklungsländern zu finanzieren, beispielsweise den Bau eines Kraftwerks. Die damit vermiedenen Emissionen werden dem geldgebenden Staat in seiner Bilanz gutgeschrieben.

**Die Herausforderung Nummer zwei** für das neue Abkommen ist, sämtliche bedeutenden Produzenten von Treibhausgasen ins Boot zu holen. Denkbar ist beispielsweise, den Vertrag nur in Kraft treten zu lassen, wenn ihn diejenigen 15 Länder mit dem weltweit größten Kohlendioxid-Ausstoß ratifiziert haben. Dann wären immerhin 80 Prozent der globalen Emissionen abgedeckt und alle großen Industrienationen sowie die wichtigsten Schwellenländer beteiligt – darunter China, Indien, Russland, Brasilien und Mexiko.

Die Zustimmung der aufstrebenden Länder zu einem solchen Projekt dürfte jedoch alles andere als leicht zu erlangen sein – denn stets schwingt die Befürchtung mit, dass Kohlendioxid zu vermeiden auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung geht. Das Kyoto-Protokoll kennt lediglich zwei Ländergruppen: Industriestaaten auf der einen und Entwicklungsländer auf der anderen Seite.

## Treibhausgas-Reduktion: Europa steht gut da

Um so viel Prozent müssten diese Länder ihre Treibhausgas-Emissionen gegenüber dem heutigen Stand noch vermindern, um im Vergleich zu 1990 eine Reduktion von 20 Prozent zu erreichen



EU-27: will sich selbst zu einer verschärften Reduktion um 30 Prozent gegenüber 1990 verpflichten, wenn die übrigen Industrieländer sich auf eine vergleichbare Eindämmung der Kohlendioxid-Emissionen festlegen; Südkorea: nötige Reduktion gegenüber 2001; Ursprungsdaten: UNFCCC (UN-Klimasekretariat), südkoreanische Regierung

© 32/2007 Deutscher Institut-Verlag

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Um letztgenannten den Klimaschutz schmackhaft zu machen und zugleich überhaupt etwas zu erreichen, bedarf es künftig einer feineren Unterteilung.

Sinnvoll sein dürften drei Länderklassen, die anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gebildet werden:

**1. Entwicklungsländer mit der geringsten Wirtschaftsleistung** wurden dann dazu verpflichtet, ihren Ausstoß an Treibhausgasen je Dollar BIP zu reduzieren – ohne dass es dabei jedoch eine absolute Begrenzung der Emissionen gibt. Wirtschaftliche Entwicklung bleibt damit ohne Wenn und Aber möglich – die Produktion würde aber umweltfreundlicher.

**2. Etwas wohlhabendere Schwellenländer** würden sich dazu verpflichten, ihre absolute Emissionsmenge auf dem heutigen Stand stabil zu halten und gleichzeitig den Treibhausgas-Ausstoß je BIP-Einheit um einen festgelegten Wert zu verringern.

**3. Die Industriestaaten** schließlich werden nicht um konkrete Reduktionsverpflichtungen herumkommen. Die US-Regierung hat sich bis dato zwar klar gegen solche Festlegungen ausgesprochen. Ein Sinneswandel scheint jedoch nicht ganz ausgeschlossen, lässt sich doch in den Vereinigten Staaten insgesamt ein steigendes Interesse am inter-

nationalen Klimaschutz erkennen – dazu beigetragen haben dürfte auch die unvergessene Überschwemmung von New Orleans vor zwei Jahren. So gibt es in den Bundesstaaten inzwischen zahlreiche Klimainitiativen.

Wie hoch die Reduktionsvorgaben im Kyoto-Nachfolgeabkommen letztlich ausfallen, wird das Ergebnis eines zähen Verhandlungsprozesses auf UN-Ebene sein und lässt sich daher nur schwer abschätzen. Wichtig ist allerdings, den bisherigen Bemühungen und Erfolgen der Länder in puncto Klimaschutz Rechnung zu tragen. Damit es in dieser Hinsicht gerecht zugeht, sollte wie schon im Kyoto-Protokoll das Jahr 1990 als Basisjahr beibehalten werden. Eine Möglichkeit wäre es, dass sich alle Industrieländer dem Ziel anschließen, das die Europäische Union für sich bereits beschlossen hat: ein Treibhausgas-Minus von 20 Prozent gegenüber 1990. Bis wann dies erreicht sein soll, ist dabei noch offen.

Aus heutiger Sicht würde eine solche Benchmark bedeuten, dass alle Industriestaaten außer der EU ihre Emissionen noch um mehr als 20 Prozent zurückschrauben müssten (Grafik):

**Während Europa gegenüber 2004 noch 11,5 Prozent an Treibhausgasen einzusparen hätte, wären es in den USA 31 Prozent – umgerechnet 2.185 Millionen Tonnen Treibhausgase –, und Südkorea müsste seine Emissionsmenge im Vergleich zu heute sogar halbieren.**

Für die EU lässt sich jedoch kritisch anmerken, dass ihre bisherigen Reduktionserfolge zum Teil dem wirtschaftlichen Umbruch in Osteuropa zu verdanken sind. Dieses Geschmäckle ist den Brüsseler Klimapolitikern durchaus bewusst. Daher hat sich die EU schon heute bereit erklärt, 30 Prozent ihrer Klimagase einzusparen – sofern sich die anderen Industriestaaten ebenfalls auf konkrete Ziele festlegen. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssten in diesem Fall ihre Treibhausgas-Emissionen gegenüber dem Stand von 2004 um immerhin fast 23 Prozent verringern.